

Bern, XX. September 2018

Protokoll des Parteitages

Datum, Zeit	18. August 2018, 10.15 bis 13.00 Uhr
Ort, Raum	Aula Schönau, Steffisburg
Präsenz	93 Stimmberechtigte Personen
Absolutes Mehr	47 Stimmen
Protokollführung	Zora Schindler



1	Eröffnung und Begrüssung	2
1.1	Grusswort SP Steffisburg: Gemeindevizepräsidentin Ursulina Huder.....	2
1.2	Rede Ursula Marti, Parteipräsidentin.....	2
2	Wahlen zum Parteitag	3
2.1	StimmzählerInnen.....	3
2.2	Mandatsprüfungskommission.....	3
2.3	Wahlbüro	3
2.4	Tagesbüro	3
3	Genehmigungen	3
3.1	Tagesordnung	3
3.2	Geschäftsordnung	3
3.3	Protokoll des Parteitages vom 16.05.2018.....	3
4	Nationalratswahlen 2019	3
4.1	Einleitung.....	3
4.2	Listengestaltung:.....	4
5	Wahlen in die Geschäftsleitung	5
5.1	Vertretung JUSO	5
5.2	Vertretung SP MigrantInnen	5
6	Verabschiedung GPK	5
7	Schwerpunkt Wohnen	6
8	Parolen i23. September 2018	9
8.1	Gegenvorschlag Velo-Initiative	9
8.2	Ernährungssouveränitäts-Initiative	9
8.3	Fair-Food-Initiative	9
9	Resolutionen	9
10	Schluss des Parteitages / Apéro	10

1 ERÖFFNUNG UND BEGRÜSSUNG

1.1 Grusswort SP Steffisburg: Gemeindevizepräsidentin Ursulina Huder

Die SP Steffisburg hat seit 1947 ein Parlament, die SP-Sektion gibt es seit 102 Jahren, bisher stellte die Gemeinde 4 SP-Grossratsmitglieder. Heute ist niemand von Steffisburg im Grossen Rat aber vier Personen auf dem ersten Ersatzplatz. Bern – wir kommen, wenn möglich mit einem SP-Mitglied! 1947 hatte die SP 15 Mitglieder im Grossen Gemeinderat, 2018 sind es noch 7, daneben zwei Gemeinderatsmitglieder. Die Legislaturziele umfassen Bodenpolitik und Wirtschaftsförderung, Mensch und Lebensräume, v.a. Integration, Energie und Mobilität. Die Gemeinde hat einen Förderfond Energie eingeführt, darauf ist Ursulina stolz! Zudem ist sie gespannt auf das Referat zum Thema Bodenpolitik, hat sie doch als SP-Frau die Finanzen unter sich: Den Anspruch durchzusetzen war schwierig, hat aber geklappt. In der Gemeinde gibt es nun den Konsens, dass keine Steuern gesenkt werden und stattdessen Sport und Vereine unterstützt werden. Zudem hat die Gemeinde einen Vaterschaftsurlaub, Ferienbetreuung und eine KiTa. Im Herbst finden Gemeindewahlen statt, hoffentlich ist der Parteitag ein gutes Fundament dafür.

1.2 Rede Ursula Marti, Parteipräsidentin

Ursula begrüsst alle Anwesenden, dankt Ursulina für ihre Rede und wünscht der SP Steffisburg viel Erfolg bei den Gemeindewahlen. Zudem dankt sie der Sektion und der Gemeinde für die Vorbereitung und die finanzielle Unterstützung des heutigen Parteitags.

Bei den Grossratswahlen haben wir tolle Resultate erzielt, 5 Sitze und 3.1% zugelegt. Die Wende im Regierungsrat ist nicht gelungen aber Evi Allemann und Christoph Ammann haben enorm stark abgeschnitten. Wir sind die stärkste Oppositionskraft, unser Erfolg zeigt, dass wir die Bedürfnisse der Bevölkerung ernst nehmen und den Puls treffen. Nach den Wahlen haben wir bei den Referenden zum Steuergesetz und dem Polizeigesetz sowie beim Volksvorschlag für eine wirksame Sozialhilfe noch einmal ein riesiges Engagement gezeigt. Die Freude über den Einsatz ist riesig, der Dank gilt der Basis. Jetzt geht es um die Kampagne für die Abstimmungen: Der Unmut über die Steuerausfälle steigt, es gibt Verbündete bei Gemeinden und Städten, die Steuergesetzabstimmung ist also hart aber machbar. Neben grossen und kleinen Gemeinden verliert vor allem der Kanton: 100 Millionen fallen weg, dafür wird die Spitex teurer, Berufsschulen und Kinderbetreuung wird weniger unterstützt. Schon heute bezahlen die UNTernehmen nur 10% der Steuereinnahmen im Kanton – und jetzt sollen sie noch weitere Geschenke erhalten? Sicher nicht! Die Lebensqualität ist wichtiger für Unternehmen, genauso wie eine gute Infrastruktur, Bildung und Betreuung. Wir kämpfen für gute und ausreichende Infrastruktur, die von allen solidarisch getragen wird, wir wollen keine Zweiklassengesellschaft. Darum dürfen Leistungen nicht privatisiert werden, stattdessen müssen die nötigen Finanzen bereitgestellt werden.

Die Kampagnen für die Abstimmungen zu den Referenden sind auch der Grundstein für die Wahlkampagne: Heute in einem Jahr starten wir in die heisse Phase. Heute werden wir erste Weichen stellen: Listenform und –gestaltung diskutieren, damit die Regionalverbände sich danach ausrichten und nominieren können. Die Vorarbeiten laufen, die Kantonalpartei wird darüber informieren. Den Erfolg bei den Grossratswahlen wollen wir nämlich nicht wiederholen sondern ausbauen: 30% Stimmenanteil liegen mittelfristig drin, wir wollen möglichst einen Sitz zulegen. Denn eine stärkere SP ist nötig, die Politik allgemein ist nach rechts gerutscht.

Ursula wünscht allen einen spannenden PT.

2 WAHLEN ZUM PARTEITAG

2.1 StimmzählerInnen

Es werden vorgeschlagen und gewählt:

	StimmzählerIn	Ersatz
Tischreihe 1 und Bühne	Thomas Kiser	Beatrice Graber
Tischreihe 2	Vanessa Bieri	Hans Mürner
Tischreihe 3	Beat Jurt	Ernst Rutschi
Tischreihe 4	Meret Schindler	Marya Faccio
Tischreihe 5	Yolanda Büschi	Daniel Gnägi

2.2 Mandatsprüfungskommission

Es werden vorgeschlagen und gewählt: Regina Fuhrer-Wyss (GPK), Stefan Neuenschwander (GPK) und Rosa Treu (Sekretariat).

2.3 Wahlbüro

Das Wahlbüro wird gemäss Statuten eingesetzt. Es besteht aus den StimmzählerInnen sowie David Stampfli als Präsident.

2.4 Tagesbüro

Das Tagesbüro wird gemäss Statuten eingesetzt. Es besteht aus Ursula Marti, Roberto Bernasconi, Margrit Junker und den StimmzählerInnen.

Für Wortmeldungen muss wie immer vor dem entsprechenden Traktandum ein Formular ausgefüllt und bei Margrit Junker abgegeben werden.

3 GENEHMIGUNGEN

3.1 Tagesordnung

Die Tagesordnung wird wie vorgeschlagen genehmigt.

3.2 Geschäftsordnung

Die Geschäftsordnung wird wie vorgeschlagen genehmigt.

3.3 Protokoll des Parteitages vom 16.05.2018

Das Protokoll wird genehmigt.

4 NATIONALRATSWAHLEN 2019

4.1 Einleitung

Es gab eine Wortmeldung, die RednerInnenliste wird nun geschlossen.

2019 finden nationale Wahlen statt, heute beschliessen wir über die Listen und ihre Gestaltung. Das ist wichtig für Sektionen und Regionalverbände, so wissen sie nämlich für welche Listenplätze nominiert werden muss.

Es wird eine Herausforderung: Der Kanton Bern verliert einen Sitz, aber wir wollen weiter zulegen, ein WählerInnenanteile- und Sitzgewinn muss unser Ziel sein: Es braucht eine stärkere Linke, eine stärkere SP.

Die Vorarbeiten bei SP Kanton Bern und SP Schweiz laufen auf Hochtouren: Es wird eine Basiskampagne geben, das hat die Geschäftsleitung beschlossen. Die SP Schweiz hat dieses Instrument weiterentwickelt. Auch unsere politischen Themen sind klar: Im Dezember lanciert die SP Schweiz die Krankenkassenprämieninitiative, das Frauenjahr ist bereits am 14. Uni angelaufen. Und auf kantonaler Ebene werden wir die Wahlthemen weiterziehen: Das Referendum zum Steuergesetz sowie der Volksvorschlag für eine wirksame Sozialhilfe sind der Anfang davon.

4.2 Listengestaltung:

Anträge GL zu den Listen:

- Eine Männern und eine Frauenliste. Eine JUSO-Liste wird ebenfalls erwünscht, darüber entscheidet aber die JUSO selbst.
- Listengestaltung (jeweils für Frauen- und Männerliste): Bisherige in alphabetischer Reihenfolge, gefolgt von je einer Spitzenkandidatur der Francophonen und der JUSO (in dieser Reihenfolge). Anschliessend die weiteren neuen Kandidierenden in alphabetischer Reihenfolge.
- Auf die Liste gehören Bisherige, Fraktionsmitglieder und weitere Personen mit grosser Bekanntheit. Die Regionen werden gemäss ihrer Mitgliederstärke vertreten. Sie nominieren die Kandidierenden zuhanden des kantonalen Parteitags.

Weiteres Vorgehen: Die Sektionen und Regionalverbände werden in den nächsten Wochen über das Vorgehen informiert. Bis Ende 2018 müssen die Nominationen in den Regionen erfolgt sein. Der Nominationsparteitag erfolgt im März 2019. Dann wird auch der Entscheid über Listenverbindung gefällt und unsere Ständeratskandidatur beschlossen.

Samantha Dunning, Grossrätin Bienne

2016 hatte der Kanton Bern eine Million EinwohnerInnen, davon die Hälfte Frauen, Menschen von Stadt und Land, von verschiedenen Religionsgruppen und in unterschiedlichem Alter. Ausserdem waren 11% davon französischsprachig. Diese Zahlen zeigen eine Vielfalt, auf die wir stolz sein müssen. Darum bittet Samantha darum, dem Antrag der Geschäftsleitung zu folgen, eine francophone Spitzenkandidatur zu beschliessen und diese anschliessend im Wahlkampf aktiv zu unterstützen..

Ursula Zybach, Grossrätin Spiez

Da Ursula die Antragsfrist verpasst hat, möchte sie einen Vorschlag für die nationalen Wahlen 2023 machen: Die alphabetische Reihenfolge ist schlecht. Wichtiger ist, dass gute und bekannte Menschen auf der Liste sind, die man kennt. Deshalb könnten beispielsweise die letzten kantonalen Wahlergebnisse die Reihenfolge der Kandidierenden bestimmen. Die Reihenfolge neuer Kandidierender könnte ausgelost werden. So macht es mehr Lust zu kandidieren.

Abstimmung: Der Parteitag beschliesst über alle drei GL-Anträge gemeinsam: Er folgt den Anträgen der Geschäftsleitung mit 3 Neinstimmen und 1 Enthaltung.

5 WAHLEN IN DIE GESCHÄFTSLEITUNG

5.1 Vertretung JUSO

Matteo Langenegger ist als JUSO-Vertretung in der GL zurückgetreten, weil er nicht mehr im Vorstand der JUSO mitarbeitet. Die Parteileitung dankt ihm herzlich für die sehr angenehme Zusammenarbeit. Vielen

Als neue Vertretung in der GL hat die JUSO ihre Co-Präsidentin, **Barbara Keller**, nominiert. Sie stellt sich vor: Bei Gesundheit, Bildung, Behinderten und im Sozialbereich wird abgebaut, als gäbe es kein Morgen, die Abbaupakete jagen sich. Wer Unterstützung braucht, erhält nicht, was es zum Leben braucht. Dafür machen wir den Unternehmen Steuergeschenke.

Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst, die Bürgerlichen aber haben beschlossen, das Polizeigesetz anzupassen, um die Demonstrationsrechte einzuschränken. Das ist eine massive Beschneidung der Rechte, die bei diesem Abbau wichtig wären. Es gibt einen flächendeckenden Abbau von rechts bei Grundrechten. Zwar haben wir die Referenden und den Volksvorschlag erfolgreich gesammelt, der Kampf ist aber noch nicht gewonnen, es gibt weitere bürgerliche Angriffe: gegen demokratische Grundrechte, gegen die Schwächsten, die die keine Stimme haben. Der Kampf geht weiter, wir müssen die Leute vertreten, die sonst von niemanden vertreten werden. Gerechtigkeit und Solidarität sind die Grundwerte von Barbara, der JUSO und der SP; darum machen wir Politik, darum gehen wir auf die Strasse. Die JUSO ist dabei kompromisslos, nennt Lieder sexistisch, wenn es sind, auch wenn es vielen nicht passt. Manchmal stellt sie sich mit ihren Forderungen auch gegen die Mutterpartei. Damit schafft man keine Mehrheiten, dafür hat die JUSO ein klares Profil. Manchmal wünscht sich Barbara auch eine SP, die diesen schwierigen Weg nicht scheut. Der Mittelstand ist wichtig. Es gibt aber auch viele Menschen darunter: wer macht für sie Politik, wenn nicht wir? Eine Mehrheit zu haben ist schön, das Risiko besteht aber, dabei die eigenen Werte zu vergessen. Wir müssen die Mehrheit von unseren Werte überzeugen statt gegen die Mitte abzuwandern. Barbara ist überzeugt, dass wir mit einer klaren Linie Mehrheiten gewinnen können. Sie ist auch überzeugt, dass die SP die Partei ist, die Politik für alle macht und dabei niemanden vergisst. Und wenn doch, erinnert die JUSO sie gerne daran.

5.2 Vertretung SP MigrantInnen

Ivan Kolak, Co-Präsident der SP MigrantInnen steht zur Wahl. Derzeit ist er leider noch nicht da. Ivan wurde von den SP MigrantInnen für das Amt nominiert.

Antrag Geschäftsleitung: Wahl von Barbara Keller und Ivan Kolak.

Wahl: Der Parteitag wählt Barbara Keller und Ivan Kolak einstimmig in die GL.

6 VERABSCHIEDUNG GPK

Verena Moser ist per sofort aus der GPK zurückgetreten. Die PL dankt ihr für ihr jahrelanges Engagemnt. Da Verena heute nicht kommen kann, wird ihr ihr Geschenk zugeschickt.

Die Nachfolge für Verena wird in Absprache mit der GPK im November gewählt.

7 SCHWERPUNKT WOHNEN

Barbara Geiser leitet das Traktandum. Sie übergibt das Wort an Jacqueline Badran für ihr Inputreferat.

Jacqueline Badran, Nationalrätin ZH

- Bodenpolitik gehört zur Wohnpolitik. Wir denken oft, dass es sich dabei um Sozialpolitik handelt – das stimmt nicht. Es ist knallharte Wirtschaftspolitik: Boden gehört zur primär essenziellen Güterklasse: man kann nicht nicht wohnen. Dazu kann der Boden nicht vermehrt werden, ist also ein knappes Gut. Und Boden ist das mit Abstand grösste Volkswirtschaftsgut überhaupt: Der Schätzwert für die eingezonten Boden und Immobilien sind 4 Billionen Franken. Würde der Staat das alles kaufen und 22% Nutzungsgebühr verlangen, könnten wir sämtliche Steuern abschaffen.
- Die Stadt Zürich bezahlt alleine für Wohnzuschüsse bei den AHV/IV-Zusatzleistungen und in der Sozialhilfe 320 Millionen pro Jahr. Dieses Geld geht an Immobilieneigentümer, es ist eine Subvention. Bei einer Beteiligung von 10% könnten neue Immobilien dazugekauft werden, in denen Personen, die heute Zuschüsse erhalten, gratis wohnen, quersubventioniert über Mieten.
- Bei Genossenschaften ist der Steuerertrag pro Quadratmeter Grundfläche am höchsten.
- Die Superreichen vertreiben den oberen Mittelstand. Die Betroffenen weichen aus, verdrängen am neuen Ort den Mittelstand etc. Es ist ein Dominoeffekt. Der Zweitwohnungsmarkt ist durch das so erzwungene Pendeln auch explodiert. All diese Gründe für die Kostensteigerung sind systemimmanent. Die Aufweichung der Lex Koller verstärkt dies.
- Die Mietpreise steigen ins Uferlose, das ist eine reine Umverteilung von unten nach oben. Die Kaufpreise steigen, trotz tiefer Zinsen. Bisher konnten sich 40% der Bevölkerung Wohneigentum leisten, heute nur noch 10%. Das ist Inakzeptabel! Das Preisniveau steigt auf hohem Niveau weiter.
- Eigentlich dürfen Mieten per Gesetz nicht über der Kostenrente +0.5% über dem Referenzzinssatz liegen. Darin ist eine Mietrente, also der Pachtertrag, einberechnet. Die Marktmiete ist aber viel höher. Das Mietrecht wurde ausgehöhlt, ohne dass ein Buchstabe daran geändert wurde!
- Der Immobilienwert wurde bei jeder Investition (z.B. Bauprojekte), ist also direkt abhängig von Investitionen der öffentlichen Hand. Damit ist letztere die grösste Preistreiberin und die Immobilienbranche die meistsubventionierte Branche! Das verpflichtet uns, einzugreifen.
- Der Schlüssel sind die Eigentumsverhältnisse: Man muss Bauträger suchen, die es freiwillig anders machen. Baugenossenschaften sind deshalb der Schlüssel zu jeglicher Immobilien- und Wohnpolitik. Baurechte an Genossenschaften abzugeben ist immer Big Business für die Gemeinde! Bei Investitionen in den Boden gibt es Zinsen und Wertsteigerung.
- Eigentlich ist es Veruntreuung des Volksvermögens, wenn Gemeinden nicht Boden kaufen und im Baurecht an Genossenschaften abgeben: so gehören die Landwertsteigerungen der Allgemeinheit. Weiter entsteht Mehrwert, weil die Steuereinnahmen bei dichten Wohnungen höher sind. Und auch Infrastrukturgewinne (z.B. durch ÖV-Ausbau) gehen ins Volksvermögen.
- Wenn niemand Gewinn abliefern muss beim Wohnen, ist das für die Gesamtbevölkerung gut.
- Bodenpolitik ist Big Business für die Demokratie: In 60 Jahren entscheidet die Bevölkerung, wie man das Land weiterverwendet - statt wie heute Einzelpersonen.

Michael Aebersold, Gemeinderat Bern:

- Bricht das Thema auf Gemeindeebene herunter. Die Berner Wirtschaftsverbände wollen nicht, dass sich die Stadt wohnpolitisch betätigt, weil es eben Big Business ist.
- Was ist wichtig, wenn man aktive Wohn- und Bodenpolitik machen will? Das primäre Ziel ist, den Anteil von Genossenschaften und Wohnungen im öffentlichen Besitz zu erhöhen.
- Genossenschaften sollen, wie die Stadt, mehrheitlich im günstigen Segment aktiv sein. Die Stadt selber bietet zudem seltene Wohnungen in Kostenmiete oder subventioniert an.
- Private decken das hohe Preissegment ab, aber auch die Stadt besitzt Immobilien in der Altstadt.

- Es ist erwiesen, dass in Neubauten Mieten im Bereich des günstigen Wohnraums möglich sind.
- Die Instrumente beim Wohnbau sind das Reglement, das die Stimmbevölkerung genehmigt hat, und der Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik. Der ist im Finanzvermögen und liefert Gewinne, wird also nicht quersubventioniert. Zudem müssen marktergänzende Wohnungen geschaffen werden, weil der Verdrängungseffekt stattfindet: In der Stadt braucht es Wohnraum für Benachteiligte, beispielsweise Generationenwohnungen.

Marianne Hayoz, Co-Präsidentin SP Spiez

Marianne zeigt auf, warum Spiez seit 2017 ein Wohnbaureglement hat:

- Ausgangslage: Spiez hat wenig gemeinnützige Wohnungen, wenig Familien- oder Alterswohnungen. Im Baureglement gibt es keine griffigen Massnahmen.
- Weil das neue Reglement über Jahre nicht geändert werden darf, lancierte die SP Spiez eine Initiative, um die Gemeindeordnung hin zu einer aktiven Wohnbaupolitik zu verändern. In der Abstimmung wurde der Gegenvorschlag des Gemeinderats angenommen, die Initiative abgelehnt. Mittlerweile ist das Reglement vom Grossen Gemeinderat verabschiedet.
- Langfristig soll der Anteil an preisgünstigen Wohnungen auf den Schweizer Durchschnitt angehoben werden, also von 1.5% auf 4%. 20% des geeigneten Landes im Finanzvermögen wird an gemeinnützige Genossenschaften abgegeben. 5% des Vermögens kommen in einen Topf für diese Nutzung. Die Einnahmen von Baurechtszinsen (denn eigenes Land wurde im Baurecht abgegeben), fliesst in die Finanzierung von Massnahmen für Gemeinnützigen Wohnungsbau.
- Seit dem neuen Reglement sind Gemeinderat und Grosser Gemeinderat für das Thema sensibilisiert, was Ursula im Gemeinderat hilft. Ein grosses privates Landstück soll an Genossenschaften gehen, Gemeindeland wird für Wohnungen in Kostenmiete eingezont und bei der Ortsplanungsrevision wird auf das Wohnbaureglement hingewiesen.

Barbara Geiser: Jacqueline, was ist deine Reaktion auf Michaels Referat?

Jacqueline Badran: Michael hat Bern aus dem Schlaf geweckt. Seine Politik ist aber auf eine sozialpolitische Verortung zurückzuführen: Die Richtigen sollen da wohnen, die soziale Durchmischung steht im Zentrum. Der Mittelstand hat es nicht nötig, Privaten Mieten zu zahlen. Und auf Gemeindeboden sollte es nichts ausser Genossenschaftliche Wohnungen geben. Die Stadt soll bestehende Häuser kaufen. Überbauungen sind durch Genossenschaften zu machen.

- Unser Argument gegen «Nicht-Einmischung» des Staates ist klar: Die Immobilienbranche ist subventioniert durch Steuergelder. Es ist Pflicht, dieses Geld ins Volksvermögen zurückzuführen.
- Die Genossenschaften erhalten zinsgünstige Darlehen. Das ist gut, die Stadt verdient daran. Es ist wichtig, dass Genossenschaften klar nicht subventioniert und für alle Interessierten offen sind.

Michael Aebersold nimmt nützliche Hinweise gerne an. Die Darlehen sind meist 5 Jahre zinslos. Er verweist er auf die Überbauung Stöckacker Süd: dort wurde alles vermietet und es ist ein gutes Projekt. Zur Landabgabe: Die Stadt Bern hat nicht viel Boden. Wir gehen derzeit in Richtung mehr Genossenschaften, wie auf dem Viererfeld/Mittelfeld oder auf dem Gaswerkareal. Dort sind 50% Genossenschaftlich, 25% Stadt und 25% Private. Da ist die politische Akzeptanz berücksichtigt. Bern will Sozialpolitik mit Wohnpolitik machen und bezahlbareren Wohnraum für alle schaffen.

Jacqueline Badran: Man findet keine Mehrheiten, wenn man die Projekte nicht für alle zugänglich macht. Es geht auch nicht nur um die, mit dem kleinen Portemonnaie.

Daniel Wildhaber, SP Rubigen

Wie funktioniert es, dass die Kommunen Big Business für das Volk machen können?

Jacqueline Badran: Wenn die Immobilien für Kommerzielle Big Business sind, warum sollte es für den Staat keines sein? Man muss geltend machen: 1. Land und Wertsteigerungen bleiben im Volksvermögen 2. Öffentliche Investitionen gehen zurück ins Volksvermögen 3. Es gibt jedes Jahr Zinsen: das ist eine lukrative Investition, die allen zugänglich sein muss.

Beat Jurt, SP Ittigen

Ihm ist diese Haltung schon lange klar: Es geht auch um für alle statt für wenige. Ittigen macht das so. Jetzt müsste SP ebenfalls weiter in diese Richtung gehen.

Martin Schütz, SP Münsingen

Genossenschaften haben eine eher langfristige Wirkung. Was ist mit Leuten, die jetzt Probleme haben, wie bekommen sie günstige Wohnungen?

Jacqueline Badran: Es ist heikel, über Mietzuschüsse sprechen, das klingt nach Subvention. Die kommerzielle Immobilienbranche ist unbestritten subventioniert. Mietzuschüsse sind Subventionen an Hauseigentümer, de facto eine Eigentumsausweitung. Unser Ziel ist die Ausweitung des gemeinnützigen Wohnungsbaus. Bis dahin müssen wir eine Übergangsperiode in Kauf nehmen, in der die Sozialhilfe die Wohnungen bezahlt.

Tanja Bauer, SP Köniz

Findet kommunalen Wohnbau sympathischer: warum soll es nicht Big Business sein, zu bauen, wenn man selber entscheidet, wem man etwas vermietet?

Jacqueline Badran: Genossenschaften können genauso auflagen erhalten! In der Regel sind kleinere Gemeinden beim Wohnungsbau überfordert. Wenn der Staat der Vermieter ist, gibt es das Vollmer-Syndrom. Gemeinden sollen Häuser aufkaufen, die Überbauung grösserer Areale aber kompetenten Genossenschaften überlassen. Das ist eine sinnvolle Arbeitsteilung.

Cipriano Alvarez, SP Länggasse-Felsenau

Die Volksinitiative MieterInnenverband fordert 10% gemeinnützig bei Genossenschaften, mit einem Vorkaufsrecht für Gemeinden: Ist das genug? Was hältst du von der SBB-Immobilienpolitik?

Jacqueline Badran: Die Initiative hat die richtige Stossrichtung, Jacqueline hat selber daran mitgearbeitet. Allerdings sind viele Kompromisse drin, das kann sich langfristig verbessern. Die SBB ist nach dem Kantonen und Kantonen Jacquelines zweitliebste Immobilienbesitzerin, denn sie gehört zum Volksvermögen. Die Gewinne fließen also auch ins Volksvermögen: in Schienen und Netze. Sie sollten aber kooperativer mit Städten sein und sich bedanken für die Infrastruktur. Ausserdem fehlt ein Anteil Gemeinnützig. Insgesamt sollte da Land und die Wohnungen der SBB vermehrt an Good Guys gehen, heute profitieren zu oft Bad Guys.

Franco Castrovillari, SP Bern Nord

Wie ist das Abstimmungsverhältnis bei Älteren Personen bei Genossenschaften?

Michael Aebersold: Der Immobilienverkauf verläuft heute nicht zum Marktpreis, sondern weit darüber. Die Stadt Bern sorgt mit Regelungen in den Verträgen mit den Genossenschaften dafür, dass das nicht geschieht.

Barbara Geiser: Wir kommen zu den Schlussvoten: Was nimmst du von dieser Diskussion mit?

Marianne Hayoz: Die kleinen Gemeinden müssen merken, dass der Immobilienmarkt ein Markt mit horrenden Summen ist, die verdient werden. Wir müssen die Bodenreserven behalten. Die

mittleren und kleinen Gemeinden müssen aufwachen: Die Zeit des reinen Verwaltens ist vorbei, jetzt braucht es strategisches vorgehen. Die Stadt Bern macht gute Bau und Bodenpolitik.

Barbara Geiser: Was ist bei Immobilienpolitik wichtig, was gibst du Jacqueline mit?

Michael Aebersold: Es gibt unterschiedliche politische Verhältnisse: Das Grundproblem ist, dass wir kantonal und nationale die entsprechenden Vorstösse verloren haben. Darum machen wir in der Gemeindepolitik Aufklärung. Die Fenster bei der Gemeinde sind offen bezüglich kaufen.

Barbara Geiser: Welche Tipps hast du für die Anwesenden?

Jacqueline Badran: Wir müssen das fundamentale Prinzip in den Köpfen der Leute verankern: Auf dem essenziellen Gut «Boden», sollte man niemandem Gewinne finanzieren. Wir müssen diesem Prinzip Gewicht geben, statt um ein paar Brosamen kämpfen, die uns auch noch zufallen.

8 PAROLEN 123. SEPTEMBER 2018

8.1 Gegenvorschlag Velo-Initiative

Matthias Aebischer, Nationalrat SP Bern Altstadt-Kirchenfeld, stellt die Vorlage vor.

Martin Keller, SP Grossaffoltern-Rapperswil

Unterstützt ebenfalls die JA-Parole: Das Anliegen ist sehr breit abgestützt, Martin freut sich auf den Abstimmungskampf. Zuerst war er enttäuscht über den Rückzug der Initiative. Trotzdem ist er nun für die Unterstützung: Der Gegenvorschlag greift wichtige Punkte auf und ist aus Sicht der InitiantInnen ein sehr guter Kompromiss,

Antrag Geschäftsleitung: JA-Parole.

Abstimmung: Der Parteitag beschliesst einstimmig die JA Parole

8.2 Ernährungssouveränitäts-Initiative

Regina Fuhrer-Wyss, Grossrätin SP obere Gürbe, stellt die Vorlage vor.

Antrag Geschäftsleitung: Stimmfreigabe.

Abstimmung: Der Parteitag beschliesst Stimmfreigabe mit ein paar Gegenstimmen und Enthaltungen

8.3 Fair-Food-Initiative

Regina Fuhrer-Wyss, Grossrätin SP obere Gürbe, stellt die Vorlage vor.

Antrag Geschäftsleitung: JA-Parole.

Abstimmung: Der Parteitag beschliesst die JA-Parole mit 2 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen.

9 RESOLUTIONEN

Die SP MigrantInnen haben fristgerecht eine Resolution eingereicht. Sie war in den Unterlagen für den zweiten Versand enthalten.

Ivan Kolak, Co-Präsident SP MigrantInnen

Ivan heute gewählt, aus familiären Gründen konnte er erst am Nachmittag kommen. Nachträglich danke er für die Wahl in die GL.

Bei der letzten Versammlung der SP MigrantInnen waren die Nationalratswahlen 2019 Thema. Eine eigene Liste wurde angedacht, der Vorstand hat diese Idee aber vertagt. Fast ein Drittel der über 15-Jährigen haben mindestens einen Elternteil mit Migrationshintergrund oder sind selber eingewandert. In den letzten 20 Jahren wurden 60'000 Menschen eingebürgert, mehr als Biel Einwohnende hat. MigrantInnen sind nicht unsere MitbürgerInnen, passunabhängig. Und darum wollen wir sie auch im Rahmen der Wahlen angemessen unterstützen.

Auch wenn diese Kandidierenden nicht in den Nationalrat gewählt werden, können sie so beispielsweise Bekanntheit gewinnen und erreichen vielleicht einen Sitz in einem Gemeinderat. Das sind ebenfalls wichtige Ämter und vielerorts ist es manchmal schwierig, Aktive zu finden.

Antrag Geschäftsleitung: Unterstützung der Initiative.

Abstimmung: Der Parteitag verabschiedet die Resolution einstimmig bei 3 Enthaltungen.

10 SCHLUSS DES PARTEITAGES / APÉRO

Barbara Keller, JUSO

Die JUSO hat angeboten, die 99%-Initiative in den Sektionen vorzustellen. Es gab keine Rückmeldungen, also ist die Initiative wohl sehr bekannt. Darum bittet sie darum, dass die Sektionen aktiv sammeln gehen, JUSO-Leute unterstützen die Sektionen auch gerne dabei. Derzeit ist die Sammlung noch im Rückstand.

Beat Haldimann, SP Thun

Die Initiative für einen fairen Wettbewerb will Subunternehmenketten verhindern. Damit soll der Lohnschutz gestärkt und die Arbeitsbedingungen verbessert werden. Bitte unterzeichnet die GKB-Initiative, die Bögen liegen auf. Wer noch ausgefüllte Bögen zuhausehat, soll diese bitte sofort ans Initiativkomitee einsenden, damit die Vorlage auch zusammenkommen. Derzeit sind rund 14'000 Unterschriften da, es müssten noch einige mehr kommen.

Ursula Marti dankt für die Wortmeldungen. Es war ein guter und schöner Parteitag, ein grosser Dank dafür geht an alle Helfenden. Danke auch allen fürs Kommen. Der Parteitag ist geschlossen.

Schluss des Parteitags: 13.15

Für das Protokoll

Zora Schindler



- StimmzählerInnen
- Mandatskontrolle
- Resolutionen